

MEDIENAUSSENDUNG

7. März 2024

Forstwirtschaft feiert 500 Jahre Ordnung im Salzburger Wald!

Neue EU-Politik als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung und den Wohlstand!

Während die Forstwirtschaft in Salzburg ein besonderes Jubiläum begeht – nämlich 500 Jahre Forstgesetzgebung in Salzburg – bringen neue EU-Vorschriften die hart erarbeitete Nachhaltigkeit in den Wäldern aus dem Gleichgewicht. „Brachten vor 500 Jahren die Sudpfannen der Erzbischöfe den Wald in arge Bedrängnis, sind es heute für Waldbesitzer völlig überzogene Vorschriften aus Brüssel“, so **Forstmeister Dipl.-Ing. Gregor Grill** von der LK Salzburg bei einem Pressegespräch am Donnerstag, dem 7. März am Salzburger Gaisberg.

1524 – also vor genau 500 Jahren – wurde unter Fürsterzbischof Matthäus Lang die erste umfassende Waldordnung für Salzburg erlassen. Diese Regelungen hatten vordergründig zum Ziel, die Waldrodungen durch die wachsende Bevölkerung zu bremsen und die Holzversorgung für die Salinen und den Bergbau als Haupteinnahmequelle des Fürsterzbischofs zu sichern. Diese Regelungen fielen unmittelbar in die Wirren der langsam abflauenden Bauernaufstände und führten zu einem heftigen Widerstand der Bauern, der brutal niedergeschlagen wurde. Als Vermächtnis blieben eine genaue Landvermessung mit Erhebung der noch verfügbaren Holzvorräte in Salzburg, ein Rodungsverbot und eine Verwaltungsstruktur, die die Waldarbeit genau beaufsichtigen sollte. Grill weiter: „Bis zur Beendigung der Grundherrschaft 1848 konnte die Plünderung der Wälder allerdings nicht wirksam gestoppt werden. Im 18. Jahrhundert war der Waldanteil in Salzburg bei nur mehr 25 %, heute sind wir bei über 50 % der Landesfläche. Erst als die Bauernfamilien im Jahr 1848 Eigentum übertragen bekamen, wuchs die Verantwortung, den Wald für Generationen nachhaltig zu bewahren.“

Bis zur Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde das Holz hauptsächlich als Brennholz genutzt. Durch die später folgende starke Nutzung von Kohle als Energiequelle wurde der Wald stark entlastet. Bis zur Ablösung des Reichsforstgesetzes von 1853 durch das Österreichische Forstgesetz 1975 stand über 100 Jahre der Aufbau stabiler Wälder im Vordergrund, obwohl auch hier Störfeuer, z. B. durch die

Einwilligung DSGVO

Die LK Salzburg verwendet Ihre E-Mail-Adresse aufgrund einer bestehenden Geschäftsbeziehung. In unserer Datenbank sind neben der Mail-Adresse auch Ihr Name und Ihre berufliche Telefonnummer gespeichert. Falls Sie Ihre Zustimmung widerrufen wollen und keine weiteren elektronischen Aussendungen von uns erhalten möchten, können Sie Ihre Adresse durch ein kurzes Infomail an presse@lk-salzburg.at jederzeit austragen. In diesem Fall werden Ihre Adresse und sämtliche weitere Kontaktdaten aus unserer Datenbank vollständig entfernt.

Kontakt bei Rückfragen zum Thema:

Forstmeister Dipl.-Ing. Gregor Grill, Tel. 0664/6025950271

Kontakt Pressestelle: Sekretariat, Tel. 0662/870571-233, presse@lk-salzburg.at

Reparationshiebe nach dem Zweiten Weltkrieg, die intensiven Bemühungen der Forstwirtschaft erschwerten. 1975 wurde erstmals die Nachhaltigkeit umfassend definiert und seither kann man einen guten Zustand der Wälder feststellen.

Quehenberger: Green Deal bringt Sicherheit der Waldbesucher in Gefahr

Im Rahmen des Green Deals der Europäischen Kommission wurden nun zahlreiche umweltrelevante Regelungen auf den Weg gebracht und beschlossen. Unter anderem die Entwaldungsverordnung und das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Genau in diesen beiden Regelungen sieht **Rupert Quehenberger, Präsident der LK Salzburg**, eine Gefährdung der Sicherheit und des Wohlstandes, der mit der aktiven und selbstbestimmten Waldbewirtschaftung verbunden ist. „Das Wiederherstellungsgesetz hat zum Ziel, geschädigte Ökosysteme in Europa wiederherzustellen. Es geht auch darum, mehr Schutzgebiete wie Natura 2000 zu schaffen, 10 % unserer Wälder, Wiesen und Weiden sollen bis 2050 Wildnisgebiete ohne menschliche Aktivitäten werden, um gewisse Pflanzen- und Tierarten zu fördern. Was einige in der Kommission und insbesondere bei den NGOs völlig – oder vielleicht auch absichtlich – übersehen, ist, dass sich der schlechte Zustand gefährdeter Arten und Lebensräume durch neue Schutzgebiete oder eine Verwahrlosung unseres schönen Bundeslandes nicht wirksam verbessern lässt.“

Im offiziellen Bericht des Österreichischen Umweltbundesamtes zum Zustand der geschützten Arten und Lebensräume kommt klar heraus, dass eingeschleppte Arten, Mineralrohstoffgewinnung oder die Nutzungsaufgabe durch unsere Bauern und der Klimawandel die größten Gefährdungen für diese seltenen Arten und Lebensräume sind. Quehenberger: „Die Beschlüsse auf europäischer Ebene sind angesichts dieser Tatsachen skandalös und bewirken sogar das Gegenteil. Dass die Gesellschaft bald keinen Waldspaziergang mehr machen kann, weil wir die Sicherheit der Menschen in diesen neuen Schutzgebieten nicht mehr sicherstellen können, ist die eine Seite der Medaille. Die wirtschaftlichen Verluste, weil wir das Holz nicht mehr nutzen, sondern verrotten lassen sollen, trifft einerseits die Waldbesitzer, andererseits wird das Brenn- und Bauholz für die Menschen unnötig teurer.“

Ein wahres Bürokratiemonster schafft die neue Entwaldungsverordnung. Hintergrund ist, dass in die EU nur mehr solche Produkte eingeführt werden dürfen, die in den Ländern außerhalb der EU keine Entwaldung verursachen, wie z. B. Soja, Rindfleisch oder Holzprodukte. „Dieselben Nachweise sollen in Zukunft auch in Österreich erbracht werden, obwohl es dieses Problem bei uns überhaupt nicht gibt. Wenn die Nachweise aber nicht erbracht werden, kann ein Waldbesitzer z. B. kein Holz mehr verkaufen oder die Bauern kein Rindfleisch. Das ist völlig absurd und überzogen. In Österreich wird der Wald um 3.500 Fußballfelder pro Jahr mehr, wozu wir hier zusätzliche Nachweise inkl. GPS-Verortung bringen sollen, ist mir schleierhaft. Ich glaube, die Bauernproteste haben gezeigt, dass es langsam mit sinnlosen Vorschriften reicht, wir verschwenden wertvolle Energie und Zeit, ohne irgendeinen Mehrwert zu schaffen. Damit wird am Ende des Tages nur die Kritik an der EU größer, anstatt die europäische Idee von Frieden und Wohlstand zu stärken“, so der LK-Präsident.

Rosenstatter: Geplante Regelungen der EU sind zum Scheitern verurteilt

Der **Obmann des Österreichischen Waldverbandes, Rudolf Rosenstatter**, sieht die Waldbewirtschaftung, wie wir sie seit mehr als 150 Jahren erfolgreich praktizieren, dadurch in Gefahr: „Regelungen der EU, die pauschal eine Waldbewirtschaftung in ganz Europa regeln wollen, sind zum Scheitern verurteilt. Der Wald selbst, aber auch die Waldbesitzer in Skandinavien, Österreich oder Griechenland und Spanien sind nicht vergleichbar, das kann man nicht über einen Kamm scheren. Bei uns spielt der Schutz vor Lawinen, Steinschlag oder Muren und Hochwasser eine entscheidende Rolle, auf die wir in den letzten 150 Jahren in Österreich bzw. dem Alpenraum regional angepasste Strategien entwickelt haben. Wenn wir Wildnisgebiete in solchen Regionen umsetzen sollen, wo wir den Wald sich selbst überlassen, dann ist das ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung, das wir nicht eingehen können.“

Rosenstatter warnt auch davor, die rund 23.000 Arbeitsplätze in Salzburg in Gefahr zu bringen: „Alleine in Salzburg wird durch Holz eine jährliche Wertschöpfung von mehr als 1,6 Milliarden Euro erzielt. Wir dürfen dieses Erfolgskonzept nicht für eine einseitige Umweltpolitik opfern, das geht mit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung, wie wir sie machen, nicht zusammen. Was wir brauchen, ist eine EU-Politik, die den so unterschiedlichen Regionen das notwendige Vertrauen entgegenbringt und den vorbildlichen Weg in Mitteleuropa unterstützt, nicht behindert. Deshalb sage ich: Hände weg von unserem gepflegten Wald.“ Abgesehen davon sei die EU nicht für Waldpolitik zuständig, das müsse weiterhin Sache der Mitgliedsstaaten bleiben.

Brunauer: Waldpflege und -instandhaltung müssen sich langfristig rechnen

Robert Brunauer ist Waldarbeiter und Forstunternehmer. Er kennt den Wald in Salzburg wie seine Westentasche und sieht die Herausforderungen, die sich täglich stellen: „Durch den Klimawandel werden die Schadereignisse häufiger, wir müssen aktiver in den Wald eingreifen und den Wald der Zukunft herauspflegen, der mit diesen veränderten Bedingungen besser zurechtkommt. Das erfordert neue Konzepte und vor allem ein dauerndes Lenken und Leiten.“ Was Brunauer bei der Arbeit auffällt, ist, dass viel mehr Menschen als früher den Wald zur Erholung nutzen. „Da kommt es schon mal zu gefährlichen Situationen, wenn sich Waldbesucher nicht an Absperrungen halten und in den Gefahrenbereich der Holzernte kommen. Aber es muss auch jedem bewusst sein, dass es die gepflegten Forststraßen und Wege in Zukunft nur dann geben wird, wenn sich im Wald auch etwas erwirtschaften lässt, damit diese Pflege und Instandhaltung bezahlt werden können. Mit dem Konzept, Wildnisgebiete umzusetzen, ist das nicht mehr möglich. Ich denke da auch an die vielen Bäume, die wir entlang der Wege begutachten und im Gefahrenfall auch entfernen müssen, damit die Menschen sicher unterwegs sein können in unseren Wäldern. Ich bitte auch alle Waldbesucher um Verständnis, wenn wir zu diesem Zweck einmal einen Weg für ein paar Tage sperren müssen.“